

Laale-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Angabe
werd. 8. 7ge/palt. 38mm dr. Kotonen
gelle od. der. Raum mit 30 Pf. a.
10. Zuschlag berechnen und in auf.
Annahmestellen u. allen Anzeigen-
geschäften ange. Bestellen die 78 mm
breite Zeile 1 Mf. a. 10 1/2 Pfd. L.
Anzeigen - Annahmestellen: ca. m.
11 Uhr, für die Sonntags-Dr. abdo.
8 Uhr. Abbestellungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsstelle: Halle. Erbsicht
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
leit. u. Haupt-Druckerei: Halle,
Neu Promenade 11. Dr. Brun-
hausstr. 17. Neben-Druckerei: L.
Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger
Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark
auswärtig, Zustellungsgebühr, Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter
Coale-Zeitungeingetragen. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Coale-Zeitung“ gestattet.
Gernad der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4066.

Nr. 417.

Halle, Freitag, den 6. September.

1918.

Die Wahlrechtsvorlage im Herrenhause.

Die Regierung will eine Verständigung in der Wahlrechtsfrage. — Friedensfragen in der französischen Kammer. Lloyd George hat Friedensbesprechungen scheitern lassen.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 5. Sept., abends. (Amtlich.) Die Geheimsitzigkeit blieb auf kleinere Kämpfe im Borgelände unserer neuen Stellungen beschränkt.

Weitere österreichisch-ungarische Erfolge.

WTB. Wien, 5. September. Amtlich wird verkündet: Italienischer Kriegsausflug.

Im Gorno-Gebiet und östlich des Monte Pertica führten Unternehmungen unserer Sturmtruppen zu vollen Erfolgen. In den Sieben Gemeinden und an der Piave wurden feindliche Stützpunkte zerstört.

Albanien.

Lage unverändert.

Der Chef des Generalstabes.

Die Regierung und die Wahlrechtsvorlage.

Sie bleibt bei ihrer früheren Erklärung.

WTB. Berlin, 5. Sept. (Drahtnachricht.) Im Wahlrechtsausflug des Herrenhauses erklärte der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg auf eine Anfrage, ob die Staatsregierung auch heute noch im Falle einer Ablehnung des gleichen Wahlrechts zur Auflösung des Abgeordnetenhauses schreiben werde, daß er auf die Erklärung der Staatsregierung zu dieser Frage im Abgeordnetenhause verweise, die noch heute maßgebend sei. Der Wunsch nach einer Verständigung wurde allerdings betont und dabei auf die großen Bedenken hingewiesen, die gegenüber einer etwaigen Auflösung des Abgeordnetenhauses während des Krieges beständen. Die Neue Fraktion hielt einstimmig Sitzungen vorausgesetzt — auf dem Boden des gleichen Wahlrechts. Der Vizepräsident des Staatsministeriums führte aus, daß auch die Regierung jene Bedenken würdigen und gerade deshalb nach einer Verständigung strebe, die allerdings das Prinzip des Erlasses vom 11. Juli 1917 nicht berücksichtigen dürfe. Daß eine Parlamentarisierung der Regierung die notwendige Folge einer Erweiterung des Wahlrechtes sein werde, glaube er nicht, die Auswahl der Minister sei ein Recht der Krone. So werde es auch in Zukunft bleiben.

Geringe Feindeserfolge.

WTB. Berlin, 5. Sept. (Drahtnachricht.) Der Angriff am 2. September, den der Gegner mit starken Kräften erneut gegen den Abschnitt zwischen Diele und Wiese richtete, brachte ihm nur einen geringen Geländegewinn. Er mußte sich mit einer geringen Einbüdung der deutschen Linie südlich des Courcy-De Chateau bis zu dem auf der Höhe der Straße Courcy-Chaufonds gelegenen Dorfe Le Tournay begnügen und dafür eine Menge zerstückelter Tanks und Laster auf dem Kampffeld liegen lassen. Auch der Einsatz von Amerikanern, Italienern und Marokkanern, die dem Angriff neue Kräfte und Elan verleihen sollten, konnten den Erfolg nicht erweitern.

Am Nachmittag des 3. September versuchte der Feind die kleine Welle in der Richtung auf Bazailles zu erweitern und sich selbst Zeit zu lassen, die südlich von Bazailles nach der Wiese zu auslaufende Höhenlinie zu gewinnen. Wie an den vorhergehenden Tagen war der Himmel mit schweren Regenwolken besetzt. Mäßige Abkühlung gegen Mittag reflektiert den eigenen Truppen die Einsicht in die schließlichen Absichten, so daß der Feind zu einem Angriff in dem zusammengefallenen Artilleriegebiet, das harmlos auf dem breiten Stützraum lag und den Gegner beträchtlich zu lären vermochte, nicht in der beabsichtigten Weise zur Entfaltung kommen konnte.

Besteht ein deutsches Friedensangebot?

Durch Lord George bereit.

Genf, 5. September. (Eigene Drahtnachricht.) Französischer parlamentarischer Kreise hat sich seit heute früh eine gewisse Erregung über bestimmte Gerüchte bemächtigt, die vom neutralen Ausland Eingang gefunden haben und vermuthlich in der morgen beginnenden Kammerdebatte zu einer nachdrücklichen Erklärung führen werden. Die Mitglieder der Coalitione-Republicaine maßen sich zu Trägern der

Behauptung Troelstra's, die in den „Börsen Nachrichten“ gemachte Erklärung habe ihre volle Richtigkeit und inhaltlich hielten Vertreter der deutschen Reichstagsmehrheit Anfang dieses Jahres den Verzicht der Annahme eines sehr entgegenkommenden Verständigungsfriedens gemacht. Der Verzicht sei jedoch von den Ententevertretern bereitwillig worden. Clemenceau wird nunmehr um Auskunft ersucht werden, ob diese Behauptung richtig ist und ob die französische Regierung unter solchen Umständen die Verantwortung für das ungeheure Missvergehen auf sich nehmen könnte. Sollte die französische Regierung am Scheitern dieses Friedensversuches nicht unmittelbar beteiligt gewesen sein, so soll versucht werden, von der unmittelbar beteiligten englischen Regierung Auskunft zu verlangen. Ferner werden Abgeordnete, die der Coalitione-Republicaine angehören, Clemenceau um die Borneahme der Feststellung ersuchen, daß, wie aus neutralen Kreisen versichert wird, auf derselben deutschen Seite der gleiche Wille zur Verständigung noch heute bestehe.

Das Berliner „Intelligenzblatt“ weist ebenfalls von einem solchen deutschen Friedensverzicht aus dem Anfang dieses Jahres zu berichten und behauptet zu wissen, daß er durch Lloyd George bereitwillig worden sei. Das Blatt erklärt sich darüber unternichtet, daß auch heute auf deutscher Seite die aufrichtige Neigung zum Entgegenkommen bestehe. Es würde, schreibt das Blatt, der Augenblick eines praktischen Verständigungsvorganges so nahe wie noch nie seit dem 28. Juli 1914 liegen, und wir betrachten es als eine Aufgabe der Neutralen, ihrer Politiker und ihrer Presse, ihr ganzes Ansehen für eine deutsche Verständigung einzusetzen.

England fordert Genugtuung in Moskau.

Sankt Petersburg, 5. Sept. London wird amtlich gemeldet: Bolschewistische Truppen haben das Bolschewistengebäude in Petersburg geplündert und den britischen Marine-Attache Comrie getötet. Die Regierung beabsichtigt, daß sich ein ähnlicher Angriff auf die französische Botschaft beabsichtigt wird, obwohl die nötigen Maßnahmen zur Verteidigung getroffen sind. Im Zusammenhang mit der Gewalttat vom Sonnabend, die strenge Maßnahmen fordert, hat die britische Regierung beschlossen, dem russischen Volkstommisariat für auswärtige Angelegenheiten folgende Depesche zu schicken:

Wir haben den Bericht erhalten, daß ein gewalttätiger Angriff gegen die britische Botschaft in Petersburg unternommen wurde, daß das Inventar in dem Gebäude geplündert und zerstört wurde und daß Kapitän Comrie, der verhaftet, sich zu verteidigen, ermordet und der Leichnam granatam verflümmelt wurde. Wir fordern sofortige Genugtuung und schneidende Bestrafung aller Beteiligten, die verantwortlich sind für die grausame Tat, oder deren Mithilftulige. Falls die Sowjetregierung keine genügende Genugtuung leistet, oder wenn neue Gewalttaten gegen britische Anwohner verübt werden, wird die britische Regierung die Mitglieder der Sowjetregierung selbst persönlich verantwortlich halten und alles versuchen, zu garantieren, daß sie durch die Reaktionen sämtlicher zivilisierter Nationen für verantwortlich erklärt werden. Die russische Regierung hat bereits durch Hinweis darüber informiert, daß die britische Regierung bereit war, alles mögliche zu tun, um die Rückkehr der sämtlichen Vertreter der britischen Regierung nach England und der russischen Sowjetregierung nach Moskau zu fördern.

Storopadskis Besuch beim Reichskanzler.

WTB. Berlin, 5. September. Der Herrmann der Ukraine machte heute vormittag Begleitete u. a. vom ukrainischen Gesandten Baron Steinheil dem Reichskanzler Grafen Hertling einen Besuch, ebenso dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt von dem Wulfsch.

Ein Regenthschaftsrat in der Ukraine.

WTB. Wien, 4. Sept. (Drahtnachricht.) Für die Zeit der Auslandsreise des Herrmanns ist auf Grund des Regenthschaftsrechtes ein Regenthschaftsrat eingesetzt worden, bestehend aus dem vom Herrmann erwähnten Ministerpräsidenten Lijogub, dem dem Senat erwählten Senator Woskresenski und dem vom Ministerpräsidenten erwähnten Kriegsminister Rogoska. Dem Vorkiss im Ministerium führt in dieser Zeit der Kultusminister Woskresenski.

Nischny-Novgorod von aufständigen Bauern erobert.

Moskau, 5. Sept. Die aufständigen Bauern, die seit zwei Monaten Nischny-Novgorod belagerten, ist es gelungen, in die Stadt einzudringen und sie nach erbitterten Kämpfen zu erobern. Die Stadt hat fast gar nicht gelitten und ist zum Teil zerstört. Die Sowjettruppen mußten sich in südwestlicher Richtung zurückziehen.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 4.)

Weinwucher.

Durch die Zeitungen ging vor einigen Tagen die Notiz, daß die bayerische Regierung die Abschließung ihres Landes gegen die Ausfuhr von Lebensmitteln nunmehr auch durch ein Verbot der Weinausfuhr zu vervollständigen plane. Nachträglich ist diese Absicht begründet worden mit einer angeblich bevorstehenden Regelung der Weinpreise durch die Reichsleitung, die nicht durchführbar sein werde, wenn nicht dem Abfluß der großen Ernte aus den Haupterzeugungsgebieten rechtzeitig vorgebeugt werde. Ganz klar war zwar diese Begründung nicht, aber die erwähnte Absicht der Reichsleitung ist wenigstens nicht ausdrücklich in Abrede gestellt worden, und so besteht eine, wenn auch nur schwache, Hoffnung, daß dem unerhörten Weinwucher, der seit Kriegesbeginn und von Jahr zu Jahr in wachsendem Maße getrieben wird, endlich zu Leibe gegangen werden soll. Der Einwand, daß es sich beim Wein nicht um einen „Gegenstand des täglichen Bedarfs“ handle und daß darum eine öffentliche Bewirtschaftung oder eine reichsgerichtliche Regelung der Preise nicht nötig und nicht angängig sei, ist ja längst durch die Rechtspflege hinfällig geworden, die jeden Händler oder Wirt wegen Preiswuchers bestrafen, der zu billigeren Preisen eingekaufte oder gelagerte Weine zu Konjunkturpreisen an den Verbraucher abgibt. Tatsächlich ist von jeher in zahlreichen Gegenden des Reiches der Wein Volksnahrungsmittel gewesen; in einer Zeit, da die Erzeugung anderer alkoholischer Getränke unmöglich geworden oder doch auf ein Minimum hat beschränkt werden müssen, würde man auch sonst, in den Bundesstaaten, die man im Gegenjahre den Weinergebenden als Bier- oder Schnapsgebenden bezeichnen mußte, sicher gern zu dem Wein als Anregungsmittel und tägliches Getränk greifen, wenn die jetzigen Preise den meisten Schichten der Bevölkerung die Beschaffung überhaupt ermöglichen.

Neben diesem eminenten Verbraucherinteresse tritt aber gerade beim Wein noch der Umstand, daß der Käufer, wie man es immer wieder nennen muß, nicht dem Zwischen- oder Schleichhandel verhaftet, sondern direkt vom Erzeuger getrieben wird, ohne daß bisher das Geringste geschehen ist, der unsmüngen Preissteigerung zu steuern. Schon im Juli konnte die „Deutsche Wein-Zeitung“, gelegentlich einer an den Reichskanzler gerichteten Eingabe des Pöfener Weinhändler-Vereins, darauf hinweisen, wie dringend erforderlich ein Verbot sämtlicher Weinversteigerungen in ganz Deutschland sei. Die im Mai und Juni an Rhein und Mosel abgehaltenen Versteigerungen hatten Preise gebracht, die noch wenige Monate zuvor niemand für möglich gehalten hätte. Diese Preise waren keineswegs eine Folge von Weinnappheit, sondern in der Hauptsache wohl durch die Sucht gewisser Kriegsgewinnler hervorgerufen, einen Wein mit hoch klingendem Namen, wenn möglich den teuersten Wein erstiegen zu haben. Ein paar Beispiele: Die Königl. Preuß. Domäne in Etrville erzielte für ein Viertelstück Etrviller Traubenberg 32 100 Mf. per 300 Liter, d. h. per Liter 107 Mf.; die Kgl. Preuß. Domäne Kloster Eberbach erzielte für ein Viertelstück 1915er Hattenheimer Engelmannsberg 30 050 Mf. per 300 Liter, d. h. per Liter 100,16 Mf.; die Administration des Pringet Friedrich Heinrich von Preußen zu Erbach erzielte für ein Viertelstück 1911er Erbacher Rheinhehl 30 500 Mf. per 300 Liter, d. h. per Liter 101,66 Mf.; die Freiherrl. Langwerth v. Simmerhise Verwaltung in Etrville erzielte für ein Viertelstück 1917er Hattenheimer Fußbrunnen 23 220 Mf. per 300 Liter, d. h. per Liter 77,40 Mf.; die Großh. Hessische Domäne in Mainz erzielte für ein Viertelstück 1917er Rodenheimer Röhlsberg Traubenbeeren-Muscle 51 800 Mf. per 300 Liter, d. h. per Liter 172,66 Mf. Die Vereinigung Rheingauer Weingutsbesitzer, die seit durchweg aus großen Vertriebsgesellschaften besteht, hatte im ersten Halbjahr 1918 insgesamt 38 Weinversteigerungen und erlöste dabei für 484 Stück Wein die ungeheure Summe von 9 880 000 Mf., während im Jahre 1917 bei ihren Weinversteigerungen für 586 Stück Wein, also 102 Stück mehr, nur 7 582 320 Mf. eingingen.

Weshalb lagen die Verhältnisse an der Mosel, und selbstverständlich folgten dem Beispiel der Domänen auch die kleinen Winzer. In Rhein-Hessen kosten heute die allgeringsten 1917er Weine 7000 Mf. und mehr per 1200 Liter das 20-Bischofs des Friedenspreises, und trotzdem werden den rhein-hessischen Winzern die Weine förmlich aus den Händen gerissen. Selbst die kleinsten Winzer aber verkaufen vor allen Dingen nicht mehr freiwillig, sondern verfestigen in ihre Weine, ungeachtet der enormen Steuern, die der Versteigerung zugehen. Die billige Flasche Wein kostet

Ludendorff und Hindenburg über die militärische Lage.

Wir werden auch mit Amerika fertig werden.

im Großhandel unter Zurechnung der Spesen ca. 7 Mt. im Einkauf, und der Gewinn, der vom Großhandel kaufen muß, wird vermutlich schon im nächsten Jahre seine Hälfte sein, auch nicht den kleinsten Fischweil, unter 12 bis 14 Mt. verkaufen können.

In voriger Woche waren in Berlin die Vertreter der drei Zentralkörpers des deutschen Weinhandels und des Verbandes der Hotelbesitzervereine Deutschlands versammelt, die den lebhaftesten Besorgnissen aller Interessenten über die das Maß des Berechtigten weit übersteigende Preissteigerung der Weine nach einmal Ausbruch galden. Eine von der Versammlung gefasste Entschließung gipfelte in folgenden Forderungen:

1. Verbot aller Weiterverkäufe ohne Ausnahme, von Trauben, Trauben-Maische, Most und Wein.
2. Festlegung von Erzeuger- und Nichtpreisen für die 1918er Ernte deutscher Weine auf Grundlage der Preise, wie sie 1917 bezahlt wurden.
3. Ungültigkeitserklärung der bereits getätigten Verkäufe von deutschen Weinen der 1918er Ernte.

Leider hat man außer der von uns erwähnten, aus Bayern kommenden Nachrich nichts davon gehört, daß die Reichsregierung dieser wünschenswerten und außerordentlich dringlichen Forderung stattgeben will. Die gesamte Verbraucherwelt, d. h. ein großer Teil der Gesamtbevölkerung, steht aber hinter dieser Forderung und erwartet, daß die Regierung mit tunlichster Beschleunigung ihrem väterlichen Schutze und Aufzuehen ein Ende macht.

Der englische Großangriff vom 2. September.

Telegramm unseres Kriegsberichterstatters.

Großes Hauptquartier, 4. September.

Bei seinem vorgezogenen Großangriff zwischen Scarpe und Somme hat der Engländer abermals seinen Aufwand an Infanteriemännern, an Tanks und an Artilleriegeschossen bis zum höchsten möglichen Maße gesteigert. Zwischen Bische und Serbecourt haben allein nach Aussage von gefangenen Tankbesatzungen die bis fünf volle Tankbataillone angegriffen, wobei die Sturmwagenpaar der einzelnen Divisionen, wobei die bis normal bis auf 40 Stück steigern soll, infolge der Verluste. Die der Gegner in den vorherigen Kämpfen gehabt hat, die nicht genau festlich. Wo keine Infanteriemannschaften vor unserer Maschinengewehrfeuer ausfallen, nach der Gegner immer neue Reihen in Luftstrahlen, welche nach vorn. Dabei ertönt er schwere Einbuße, da die Luftstrahlenpaare von unserer Artillerie wiederholt durchschlagen, eine antwortende auch durch den Angriff eines unserer Fliegergeschwader in Brand gesetzt wurde. Gleichwohl brachte der Feind Kräfte in starker Ueberzahl bis in die Kampflinie. Zwischen Etain und Guent allein griff er mit 10 Divisionen, darunter 4 Panzerdivisionen, von denen die 35., 11. und 6. ganz frisch in den Kampf geworfen worden waren. Mit der Ueberzahl vermochte er schließlich unsere Divisionen auf die Linie Weiland von Etain, Ettrand von Dury-La Briolonne - östlich vom Roubaux, Ditrand von Willers-les-Damnicourt - Weiland Novaux zurückzudringen.

Während letzte der Feind nochmals zu heftigen Angriffen zwischen Etain und Guent an, die aber scheiterten. Weiter südlich kam es nach dem verlustreichen Mißerfolge der großen Tankangriffe nur noch zu Vorstößen mit begrenzten Kräften. Verbitterte Kämpfe entwickelten sich um die Descaurferme, die der Feind zweimal genommen hatte, bis wir sie schließlich behaupteten. Gegenüber wurde Willers-aux-Bois vor erneutem umfassenden Angriff dem Feinde wieder überlassen.

In großartiger Weise beteiligten sich unsere Flieger an der Abwehr, unter anderem auch durch Bomben- und Maschinengewehrangriffe gegen dicht besetzte feindliche Besatzungsjochstellungen. Wir schoßen im Verlauf des Kampfes einen Festballon und 31 Flugzeuge des Feindes ab. Von

Der Berliner Berichterstatter des „M. Cht.“, Imre Döri, hatte in Großen Hauptquartier eine Unterredung mit Hindenburg und Ludendorff. Das „M. Cht.“ entnimmt dem ihm zur Verfügung gestellten Bericht über die Unterredung u. a. das folgende:

General Ludendorff empfing mich in seinem Arbeitszimmer. „Wir haben“, sagte er, „das ernstlichste Ringen bisher in Ehren bestanden und sind zuversichtlich, daß wir dies auch weiter tun werden. Wir alle können darüber beruhigt sein, daß der Krieg in den Formen, die er annimmt, unseren Heimatgebiets in vollkommenem espaht geblieben ist. Die Heere der Mittelmächte stehen ihre Heimat. Das darf aber das Volk zu Hause bei uns eben so wie bei Ihnen nicht verleiten, den Krieg zu vergessen oder zu glauben, daß der gegen uns gerichtete Vernichtungswille des Feindes sich gebrochen hat. Im Gegenteil, wir alle müssen dazu nach unsere Kraft aufs äußerste anspannen. Was wir aber dazu im gemeinsamen Kampf bisher schon erreicht haben, das werden wir auch und besonders hier an der Westfront vollenden.

Die Amerikaner sind da und leisten keine unbedeutende Hilfe an Menschen und Material. Daß aber amerikanische Hilfe ausschlaggebend für das Schicksal des Krieges sei, das ist eine eitle Hoffnung der Entente. Die Franzosen haben immer noch Hoffnungen gelebt. Erst von der Hoffnung auf Rußland und jetzt von der auf Amerika.

Wir sind mit der russischen Dampfmaschine fertig geworden und werden auch mit Amerika fertig werden. Unser Wille zum Sieg bleibt ungebrochen und wir werden den Vernichtungswillen des Feindes brechen.“

Nach diesem Besuch bei Ludendorff wurde mir die Ehre zuteil, den Generalfeldmarschal v. Hindenburg zu sehen. Er sieht glänzend aus, als wäre er zehn Jahre

jünger, als er ist. Was bei ihm daselbst geblieben ist, das ist seine große Ruhe und Zuversicht. „Das Nichtüberdringen der österreichisch-ungarischen Offensiven an der Westfront ist nicht tragisch zu nehmen“, sagte er. „Es hat sicher nicht an Tapferkeit gefehlt. Die Truppen haben sich glänzend gehalten. Der Grund dafür ist vielmehr in Naturereignis, dem übermächtigen Anstößen der Wäse, zu suchen. Die Erfolge der österreichisch-ungarischen Truppen in Albanien beruhte ich mit fastebstem Interesse. Wenn Albanien geht, unsere Front weiter nach Westgeboten, und da hält das tapfere bulgarische Heer trotz schwerer Verhältnisse treu die Macht. Wenn die Entente dort noch einmal angreifen will, so können wir dem mit voller Zuversicht entgegengehen. Antien in Kasatin ist es den Engländern eben nicht gelungen, durch ihre verlustreichen Angriffe den tapferen Widerstand der türkischen Armee zu erschüttern. In Persien und an der Murmanküste will England sich festsetzen und verlorl damit seine eigenen Zwecke. Aber es will außerdem verurtheilen, Rußland erneut in den Krieg zu ziehen und das geeidete Land wieder zum Kriegsschauplatz zu machen. Der Entscheidungskampf für uns Mittelmächte spielt sich jetzt aber hier an der Front ab. Die Verwendung farbiger in diesem Kampfe wird an unanständiger Vorurteil für die Feinde bleiben. Wir Mittelmächte haben in unserem Verteidigungskampfe Schulter an Schulter fest zusammengestanden. Zwar leiden auch um herumgehender. Dafür büßt uns, daß die Gegner unser Bündnis ebensowenig wie sie es mit Waffengewalt sprengen konnten, auch nicht durch Lockungen zerstreuen werden. Unsere Einigkeit macht uns stark. Wir werden nach ruhmreichen Kampf gemeinschaftlich in die Heimat zurückkehren, froh über Arbeit zurückkehren und dann die Kräfte unserer Kämpfes erlesen. Bis zu diesem Ziel geht es durchhalten.“

dieser großen Luftbeute entfielen auf das Jagdgeschwader Boerger allein 26 Flugzeuge.

Unsere große Vornahmebewegung war dem Feinde verborgen geblieben, so daß wir ihm in dem ihm überfallenen Gebände die Unterstände und Ausrüstungsgegenstände gründlich zerstören konnten. Durch die Zerstörung nur durch Flieger und einige gegnerische Schiffe beschädigt wurden ist die Lage jetzt wieder höchst günstig geworden. Das Schicksal der reichen südbaltischen Bergwerke und Industriefabrik dürfte gleich dem St. Quentin durch die englischen Geschosse vollendet werden. Unter dem plötzlichen des schweren Feuer ihrer Bundesgenossen getretenen Bürgern spielen sich herzerregende Szenen ab. (Kb.) M. Scheuermann, Kriegsberichterstatter.

Die große Erinnerungsfester in Riga.

WTB. Riga, 5. September. Die Fester des ersten Jahrestages der Befreiung Rigas wurde am 2. September durch einen Festzug der gesamten Gensangvereine von Riga eingeleitet. Dem nach Riga gekommenen Oberbefehlshaber der 8. Armee Generalleutnant v. Rathen wurde eine Huldbigung dargebracht, in der die Freude, eine deutsche Stadt zu sein, zum Ausdruck kam. Am gleichen Abend fand großer Zapfenstreich und eine Fester in der deutschen Kriegshilfe statt. Am 3. September war großes militärisches Festen und Festen, wobei, Karabos als der Entschlüsselung eines zu diesem Tage geschickten Wapelschlüsselungsmittels, woran die Bevölkerung regen Anteil nahm. Nach der militärischen Fester folgte ein großer Festzug sämtlicher Korporationen, hundertlichen Verbindungen, Vereine, Gilden usw., von denen etwa 25 000 Personen teilnahmen. Die 30 000 Personen, die sich zu einem Teil im Kochmanschen Park eingedrungen hatten, gaben Zeugnis von der regen Anteilnahme von Rigas Zivilbevölkerung. Die Huldbigungsakte an den Kaiser und die Huldbigungsergeben an Deutschland und das deutsche Heer fanden stürmischen Beifall.

Lenin geflohen? Selbstlos, 4. Sept. Nach einer hier vorliegenden, aber unbestätigten Meldung ist Lenin seinen Wunden erlegen. Dagegen nennen die letzten direkten Mosauer Meldungen vom Mittend des Lenins Zustand befriedigend, eine Gefahr von Komplikationen sei aber noch nicht ausgeschlossen.

Teilweise Beschlagnahme der Ernte in Livland und Estland.

Rowno, 4. September. Die Anordnung der Beschlagnahme der gesamten Ernte in Livland und Estland soll, wie die Baltisch-Baltischen Mitteilungen der Revolver Zeitung entnehmen, dahin eingekürzt werden, daß Selbstversorger Pflichterfüllungen zu bestimmten Preisen zu leisten haben, daß der sich außerdem ergebende Ernteeüberschuß jedoch freibleibt.

Die Bedeutung von Hingess Besuch in Wien.

WTB. Berlin, 5. Sept. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Zu den Meldungen des „Fränk.“, wonach beim Besuch des Staatssekretärs v. Hingess in Wien endgültige Entscheidungen in den zur Beratung stehenden Fragen getroffen worden seien, möchten wir feststellen, daß der Besuch des Staatssekretärs nicht den Zweck verfolgte, definitive Beschlüsse herbeizuführen. Die Wiener Besprechungen dienen der Fortführung der in den bisherigen Zusammenkünften weit geförderter Verhandlungen und der weiteren Klärung der gemeinsamen Aufgaben. Kommentare, die bereits von bestimmten Aeußerungen zu berichten wissen, eilen den Tatsachen voraus. Wien, 5. Sept. Der Kaiser verlieh dem Staatssekretär v. Hingess das Großkreuz des Leopoldordens.

Das Glück der andern.

Original-Roman von Erich Chenstein.

„Original-Roman von Erich Chenstein.“

„Was anders war der doch als Magnus! Ein stolzer — sich allerdings rüchloslos durch die Welt drängender Herrmann. Aber eben darum hatte sie sich ihm geistig verwandt gefühlt. Er war so klug. Er verstand es so gut, den Fehler von allen Vorurteilen zu ziehen und ihre Tiesfen des eigenen Wesens zu enthüllen, die sie allein wohl nie ergründet hätte. Bis zu unbedingter Begeisterung rief er sie manchmal mit sich fort...“

„Das hatte Magnus nie getollt. Was er sagte, war immer im Rahmen der banalen landläufigen Moral...“

„Paris! Berlin! Das gab Evelyns Gedanken sofort eine andere Richtung. Sie spähte mit für Großstädte und erging sich nun in allerlei Plänen...“

„gesehen, und als verrietete ihr stehender Blick dabei etwas wie jonnige Betroffenheit.“

„Fragend blinnte sie auf Magnus.“

„Wer war das sonderbare Wesen?“

„Fräulein Webster aus Buchegg, von der ich dir bereits erzählt habe.“

„Ach so — die Wärrin!“

„Das vorhin unterbrochene Gespräch wieder aufnehmend, setzten sie ihren Weg fort, bis Magnus ahnungslos sagte: „Sollte man mich oder etwa auf einen zu weit entlegenen Posten schicken wollen, würde ich einfach aus dem Staatsdienst austreten und dauernd in Kettengasse leben.“

„Wie vom Blig getroffen blieb Evelyn stehen.“

„Das wolltest — du könntest du?“ stammelte sie bestürzt. Und als er ruhig bejahte, begann sie in lebensschafflicher Weise auf ihn einzureden. Das konnte doch nimmer sein Ernst sein. Er — so jung, so begabt! — der denn gar keinen Ehrgeiz habe?“

„Das anfangliche Bestreben in seinen Augen hatte sich unter ihren weiteren Worten in deutliches Unbehagen verwandelt. Und als sie endlich schwach, sagte er kurz: „Nun, noch ist die Sache ja nicht aktuell. Warten wir ab, wie die Dinge sich gestalten. Eines aber möchte ich, daß du mir in zwischen klar machst. Evelyn: In Berufswahl soll und muß der Mann allein das entscheidende Wort haben!“

„Sie sagte nicht mehr. Aber Verdruss und Enttäuschung spiegeln sich nur zu deutlich in ihren Zügen. Er aber schien davon nichts zu bemerken. Gelesen schritt er an ihrer Seite weiter und mochte nur ab und zu eine gleichgültige Bemerkung über die Gegend.“

„Was das Thema für ihn abgibt?“ Evelyn wußte es nicht. „Für sie aber war es durchaus nicht erligig.“

„„Was möchte ich bis zum Nebersten dafür kämpfen“, hatte sie entgegnet, „ich gebe nicht nach! Ich habe genau

Türksche Staatsmänner in Berlin.

Konstantinopel, 4. September. Talat Pascha und Unterstaatssekretär des Äußeren Reischad Rifmet sind zu Besprechungen nach Berlin abgereist. Auch Graf Bernstorff hat sich nach Berlin begeben. Der türkische Gesandte Mustafa hat sich nach Wien begeben.

Der König von Bayern in Belgrad.

München, 5. September. Der Korrespondenz Hofmann wird aus Belgrad über die Reise des Königs von Bayern berichtet: Der König traf gestern Abend auf dem Hauptbahnhof ein und wurde vom Generalgouverneur Generaloberst Freiherrn Rehmens-Bahrenfeld, den Spitzen der Armee und Militärbehörden, dem deutschen Konsul Legationsrat Freitag, den Kommandanten der Befehlstruppen und den anwesenden deutschen Offizieren feierlich empfangen. Der König nahm auf einem Hundebauern der Ungarischen Flus- und Seefischzuchtsgesellschaft Wohnung. Am Donnerstag vormittag hatete der König dem Generalgouverneur Freiherrn Rehmens einen Besuch ab und besichtigte in dessen Begleitung die Sebensmöglichkeiten Belgrads. Das Frühstück wurde beim deutschen Generalkonsul eingenommen; abends fand Tafel beim Generalgouverneur statt.

Die Salzburger Verhandlungen.

Wien, 5. September. In den Salzburger Verhandlungen, mit deren Fortgang die Blätter sich neuerdings mehrfach beschäftigen, erfährt das „Neue Wiener Tagblatt“ nun von unterrichteter Seite u. a., daß die Regierungen der Zentralmächte darin einig sind, nach dem Kriege auch die wirtschaftlichen Beziehungen zu den feindlichen Staaten wiederherzustellen und dauernd aufrechtzuerhalten. Ferner sei aus amtlichen Mitteilungen zu entnehmen, daß der von einzelnen vertretenen Gedanke, den Zollschutz ganz fallen zu lassen, nicht Gegenstand der Verhandlungen bildet.

Ausflug der Krım an die Ukraine.

Wien, 5. Sept. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Das ukrainische Pressebüro erfährt von einer wohnunternichteten, aus Berlin hier eingetroffenen Persönlichkeit, daß anlässlich der jüngsten Beratungen des ukrainischen Ministerpräsidenten Wolpoff mit dem nachsahenden Berliner Kreisen beschloffen wurde, die Krım baldmöglichst endgültig der Ukraine einzuverleihen.

Douay von den Engländern zur Vernichtung bestimmt.

WTB. Berlin, 5. September. Die Engländer beabsichtigen, dem schon gelegentlich erwähnten Städtchen Douay daselbst eine Schanze zu bauen, das St. Quentin und viele städtische Orte umschließt. Diese Schanze werden es mit letzterem Geschloß. In den letzten Tagen warfen sie über 100 Bomben und 50 schwere Granaten auf die Stadt, die 27 Häuser vollkommen zerstörte und 50 bis zur Unkenntlichkeit demolierte. Eine dieser Granaten tötete die Betriebsröhre und zerstörte zahlreiche Opfer unter der Bevölkerung. Die meisten Toten und Verwundeten sind Frauen und Kinder.

Schroffe Abweisung der Ingoßlawen durch Italien.

Bern, 4. Sept. „Corriere della Sera“ in dessen Spalten ausgehende Polemiken gegen die Politik Cenninos aufnahme finden, beschäftigt sich mit den Zugeländnissen, die Italien einer Ingoßlawen-Insurrektion aufpassen mußte. Unflügliche Nordosten der Ingoßlawen auf Ägypten, Triest, Götz und Wäme würden nach Ägypten, nachdem dieses für die Bildung eines neuen Staates sein Blut vergossen hat; es würde aber Italien leicht sein, gestützt auf die Abmachungen des Londoner Vertrages, lächerliche, unbegrenzte Forderungen aus dem Felde zu schlagen. Wenn Defferich einmal am Boden liege, werde Italien Stube bekommen sein, um zu den Slawen zu sagen, bis hierher und nicht weiter! Wo die italienischen Ansprüche angingen, müßten die Ingoßlawen aufhören.

Deutsches Reich.

Ordensauszeichnung.

Berlin, 5. September. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Dem Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Schiffer für die Rote Flotte Orden 2. Klasse mit Eisenkruze und der Krone verliehen worden.

Die bulgarischen Gäste in Berlin.

Die bulgarische Abordnung - Vertreter der Handelskammer in Sofia und die Herren, die der Vertreter Welle einen Besuch abgesehen hatten - wurde Donnerstag mittags im Berliner Rathause gütlich empfangen. Für die bulgarischen Herren wurde in deutscher Sprache - Präsident G. Carabioff, von der Handelskammer Sofia, den Dank für die Empfangung ab. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß Bulgarien und Deutschland einander so nahe gerückt seien, das was nächste und feste deutsche Volk vorbildlich für Bulgarien geworden sei. Er sprach die feste Zuversicht aus, daß auch im Frieden die treue Waffenbrüderschaft bestehen werde und schloß mit einem bulgarischen Gedicht auf Deutschland und die deutschen Verbündeten. Dann wurde ein Telegramm des Kaisers gelesen, das der Monarch an die bulgarische Abordnung als Antwort auf den Sublimationsgruß gerichtet hat. In diesem Telegramm läßt der Kaiser den Vertretern Bulgariens herzlichsten Dank entbieten. Es heißt dann weiter: „Seine Majestät freuen die Hoffnung aus, daß der erfreuliche Besuch der bulgarischen Herren auch die Handelsbeziehungen zwischen Bulgarien und Deutschland in hohen Maße fördern wird und zu einer Vertiefung des innigen Bündnisses zwischen den beiden Ländern dienen möge.“ - Nach diesen Begrüßungsreden wurde den Gästen von der Stadt ein Frühstück angeboten. Freitag vormittag werden sie die Handelschule und die Börse besuchen.

Halle und Umgebung.

Salle den 6. September 1918.

Stadterordneten-Sitzung.

Am Vorabend der Herren Geh. Justizrat Dr. Reil, Oberbürgermeister Rechnungsrat Borchert und Kaufmann Welfe. Eingetragen ist eine Petition eines früheren Fernverkehrsmannes Franz Kirscher, der um eine Rente titelt. Die Sache geht an den Rechts- und Verwaltungsausschuß. Danach tritt man in die Tagesordnung ein. 1. Auf der Zungenstraße hat die Stadt von der Halle-Besitzer Bahn nach Ablauf des betreffenden Pachtvertrages einen Schuppen für den Befehlshaber hinsichtlich der Posten abzugeben. Die Entschädigung für Wasserzucht, Holzleistungen und Einflußhaft sollen der Gesellschaft nach

3000 Mk. geschätzt werden. Die Veranlagung stimmt zu. (Ref. Herr St. G. 1 a b d.) Punkt 3 betrifft die

Versorgung der Straßenbahn mit elektrischer Kraft.

Wie Herr St. D. e. n. berichtet, hat die Straßenbahn-Deputation in ihrer Sitzung am 4. August folgendes beschlossen: Die Kraft für die Straßenbahn soll durch die Stadt als möglich herbeizuführen; die freierwerbenden Maschinen sind auf die „Südau“ Maschine, die als Neuzug bleiben soll) zu verlaufen. Das Elektrizitätswert wird lobann die gesamte Kraftversorgung für die Straßenbahn übernehmen. Die dazu erforderliche Leistung nach Umgestaltung beim Straßenbahnbau übertragen werden. Die Kosten im Betrage von rund 100 000 Mk. werden aus dem Erlöse der Maschinen, ein etwaiger Rest nötigenfalls aus dem Betriebsüberschüssen abgedeckt.

Zur Veranlagung wird ausgesetzt: für den Betrieb der Straßenbahn werden bei dem jetzigen Verkehr jährlich rund 3 Millionen Kilowattstunden Strom (Gleichstrom von 550 Volt Spannung) erforderlich. - Hieran erzeugt das städtische Elektrizitätswerk rund 2 Millionen Kilowattstunden, während das Dampfwerk Berliner Straße 1 rund 1 Million Kilowattstunden herstellt. Die Stromerzeugung im Kraftwerk Berliner Straße ist unrichtig und unbillig und das Bestreben der Verwaltung war seit der Übernahme der Straßenbahn durch die Stadt darauf gerichtet, den Betriebsstrom in immer steigendem Maße vom städtischen Elektrizitätswerke zu entnehmen. Dies ist inzwischen bis zur Höhe von zwei Drittel des Strombedarfes gelungen. Der Rest des Strombedarfes ist immer schwieriger gedeckt, mußte es als dringend wünschenswert erscheinen, die alte Stadtbahnzentrale gänzlich stillzusetzen und den gesamten erforderlichen Strom vom städtischen Elektrizitätswerke zu beziehen. Die Möglichkeit hierzu ist mit vorläufiger geringfügiger Ausdehnung der Stromerzeugung, Auslegung der Stromleitungen, aus dem städtischen Netz vor die Aufstellung einer - wenn auch provisorischen - Umformerstation an einer sowohl für das Elektrizitätswerk wie für die Straßenbahn günstigen Stelle. Diese Voraussetzung ist ohne große Anstrengung durch zu erfüllen, das in der Stadtbahnzentrale vorhandene Dynamomassinen durch direkte Kupplung mit neu zu beschaffenden Drehtrommotoren in Drehtrom-Gleichstrom-Umformer umzuwandeln werden, welche wiederum im Betriebsbahnhof Seebener Straße aufgestellt werden. Nach Mittelung des städtischen Elektrizitätswerkes durch die Seebener Straße ein Drehtrom-Hochspannungstabelle, das jedoch befristet ist und für die Seebener Straße aufzustellenden Drehtrom-Gleichstrom-Umformer sofort nutzbar gemacht werden kann. Nach zur Aufstellung der Umformer ist in der Seebener Straße (Betriebsbahnhof) genügend vorhanden. - Ein geeigneter Schuppen kann mit geringen Mitteln leicht gebaut werden.

Die Kosten der Umformstation „Seebener Straße“ sind einschließlich eines Vorarbeiten der Kraftmaschinen, der Schalt-, Meß- und Regulator-Anlage sowie einer oberirdischen Speiselinie zwischen Seebener Straße und Kleistraße über Ankerweg mit Stromerleitung auf etwa 90 000 Mk. veranschlagt worden. Hierbei fallen die nötigen 3 Drehtrom-Unterstützungen in normaler Ausführung mit einem Teuerheitsfaktor von 175 Proz. und 49 000 Mk. bei Vorkosten der Baugruben- und Erdarbeiten an. Die Stromerleitung, welche das günstigste Angebot gemacht und die kürzeste Wasserleitung anlagert haben. Da dem Angebot der Teuerheitsfaktor von 100 bis 3. zugrunde liegt, welcher sich inzwischen etwas geändert haben kann, ist eine Preisermäßigung nicht ausgeschlossen.

Da die Kosten in hohen Maße wirtschaftlich ist, ergibt sich schon allein daraus, daß nach Errichtung des Umformerwerkes gegenüber den jetzigen Betriebe in der Berliner Straße mit schwach belasteten Rollen und Maschinen monatlich etwa 240 Tonne Kohlen, d. h. rund 2400 Mk. Betriebsausgaben erspart werden, ungerichtet das Gehalt des Maschinenmeisters.

Die neu zu beschaffenden 3 Drehtrommotoren von je 200 PS können, falls das Umformerwerk in der Seebener Straße später in größerem Maße mit wirtschaftlicher arbeitenden Kraftmaschinen ausgebaut werden soll (womit nach einer Reihe von Jahren zu rechnen ist) sich wieder für die höchsten Schalter nutzbar gemacht werden. Auch die Dynamomassinen, welche nach der Seebener Straße hinübergenommen werden, sind später leicht wieder zu guten Zwecken abzugeben. Nach Inbetriebsetzung des geplanten Umformerwerkes in der Seebener Straße werden in der alten Stadtbahnzentrale eine vor gut erhaltene Verbunddampfmaschine von rund 1000 PS, die dieses Schalter nutzbar gemacht werden kann, und eine kombinierte Verbunddampfmaschine von je 200 PS frei, für welche heute mit Leichtigkeit, einschließlich des zugehörigen Kesselanlage, 100 000 Mark erzielt werden können. Durch diese Einnahme werden die Kosten der Anlage noch gedeckt.

Damit bei dem Bau der Umformstation die Gefahr des Elektrizitätswerkes nach der Seebener Straße im nördlichen und östlichen Stadtteil der Bahnvernetz nicht unterbrochen wird, wird beabsichtigt, aus Gründen der Betriebsicherheit in der Stadtbahnzentrale die dort vorhandene Verbunddampfmaschine von 550 PS mit dazugehöriger Dynamo, Schalt- und Dampfmaschine betriebsfähig zu erhalten, welche bei Verlegen der Stromerleitung einbringen soll. Die Umformanlage selbst wird von größtem Personal der Straßenbahn bedient, welches 3. in der Dampfmaschinenzentrale der Stadtbahn Maschinenmeister ist. Die Vorlage wird genehmigt.

Punkt 3 betrifft die

Änderung des Straßenbahntarifs.

Herr St. Ritter trägt an der Hand der Magistratsvorlage deren Hauptinhalt wird schon ungenügend ausführlich wiedergegeben haben, die wesentlichen Neuerungen des Tarifes vor. Der Tarif habe vor allen Dingen auch eine starke finanzielle Seite. Dem Unternehmen solle eine ausreichende Rentabilität geschaffen werden; er soll uns Mittel gewinnen, die erhöhten Betriebskosten zu tragen, und wenn erst wieder normale Verhältnisse eingetreten sind, eine Verbesserung des Materials, der Wagen, der Schienen usw. durchzuführen. Die unermeidlichen Aufwendungen, die uns in dieser Beziehung bevorzugen, erfordern schlagensweise ein Kapital von 6 Millionen Mark. Zudem behält die Berliner Straßenbahn ein Guthaben von 3 Millionen Mark bei. Die Bahn mit einem 200 000 Mk. jährlich. Redner hält es für richtig, daß als die erreichte und brauchbare Norm geschaffener Tarife der Tarifentwurf beibehalten werden solle an Stelle des in manchen Städten bestehenden Einheitstarifes. Richtig sollen nur 3 oder 2 oder 1 Fahrkarte im Verkehr sein, zu 15 Pf., gültig für die Befahrung bis zu drei Teilstrecken, das ist für eine Wegelänge von etwa 3750 Meter, und zu 20 Pf., gültig für die Befahrung von mehr als drei Teilstrecken, also 15 und 20 Pf. hat bisher 10 und 15 Pf. Daneben will man Monatskarten einführen, gültig für drei zusammenhängende Teilstrecken zu 10 Mk., gültig für sieben zusammenhängende Teilstrecken für 14 Mk. und für alle 27 Strecken zu 20 Mk. Die Geschäftsreise fallen weg. Arbeitermonatskarten für einmalige Hin- und Rückfahrt täglich, also wöchentlich zwölf einzelne Fahrten, gültig für drei Teilstrecken 3 Mk. 20 Pf., für sieben Teilstrecken 4,80 Mk., für alle 27 Strecken 6,40 Mk. für einmalige Hin- und Rückfahrt täglich, gültig für drei Teilstrecken, für sieben Teilstrecken zu 1,25 Mk., sollen neu eingeführt werden. Der Referent empfiehlt namens des Hausausausschusses die Vorlage zur Annahme. Sein persönlicher Standpunkt sei allerdings, daß die Monatskarten zu teuer seien und deshalb wohl kaum viel benutzt werden würden.

Herr St. Kühme: Die Vorlage ist entstellend anzuempfehlen. Nur hinsichtlich der Arbeiterkarten würde ich eine Veränderung. Aus Gründen der Billigkeit dürfte

die Arbeiter- und die Schülerkarten einander gleichstellen.

also für 1 Mk. bezw. 1,25 Mk. auszugeben. Wenn im Ausnahmefall mit entgegengesehen ist, daß die Arbeiter ja heute zu hohen Sätze von 1,25 Mk. bezw. 1,50 Mk. zahlen können, so wird hier in die Vorlage ein Moment hineingebracht, das nicht der Benutzung der Straßenbahn auf einen höheren Preis abnehmen als dem Minderbetrage.

Herr St. Sch. u. 13: Auch ich begrüße die Vorlage. Nur will es mir nicht passen, was hinsichtlich der Monatskarten eingeführt werden soll. Ich meine, auch bei den Monatskarten soll man nur zwei Systeme gelten lassen, eine Karte zu 10 Mk., die aber für vier Teilstrecken, nicht bloß für drei gelten muß, und eine Karte zu 15 Mk. für alle Teilstrecken.

Herr St. O. Herberich spricht sich für den Antrag Kühme aus.

Herr St. B. K. e. r. wünscht, daß die Schüler an manchen Tagen auch nachmittags Unterricht haben, den Schülermonatskarten die Gültigkeit für 16 Fahrten, nicht bloß für 12 zu geben.

Herr St. G. r. e. b. l. empfiehlt die Annahme des Tarifes mit dem Änderungsvorschlag Kühme. Die Verwaltung möge aber bei der Einführung des Tarifes zugleich die Besserstellung des Personalentschlusses ins Auge fassen.

Herr St. U. d. a. g. verlangt eine Vereinfachung des Tarifes, die Anträge Kühme und Schütz seien dazu recht geeignet. Im übrigen behauptet der Redner, daß Halle mit der Tarifänderung hinter anderen Städten nachhinken; man hätte sich schon einen hübschen Fonds für die päteren richtigen Aufwendungen schaffen können, wenn man die Erhöhung drei Monate früher eingeführt hätte.

Herr St. G. r. e. b. l. findet die Karte für drei Teilstrecken auf 5 Mk. fehlerhaft, die zweite Stufe auf 10 Mk., die dritte auf 15 Mk. Auch er behauptet, daß die Tarif-erhöhung zu spät kommt.

Herr Bürgermeister Seidel: Wir will das Behalten der Herren, daß wir es im spä zu einem teureren Tarif übergehen, nicht recht einleuchtend, allgemein wird dieses Bedauern lauerlich sein. Ich meine: Es war gut, damit so lange zu warten, bis der neue erste Direktor sein Amt antrat. Er kam zum 1. August zu uns, und da darf man sagen, Zeit ist nicht verloren. Ich erinnere daran, daß bei der Erhöhung der Gaspreise und der Preise für Elektrizität seinerzeit ohne Murren und ohne Drohne die höheren Sätze angenommen wurden. Sie, meine Herren, haben es damals getan, weil Sie überzeugt waren, daß für die euerbedingte Inzuffizienz die Rentabilität, die hier zu finden drohte, aufrechterhalten werden müßte. Der Straßenbahn wollen Sie aufpassen, nur einen Ausnahmefall geben. Natürlich ist es ja, daß bei solcher Sache allerhand Sonderwünsche vorgetragen werden. Aber bei allen sonstigen Rücksichten, bei aller Berechtigung der Interessen des Verkehrs kommen wir um die Tatsache nicht herum, daß hier die Finanzlage besonders schwer liegt.

Wir müssen für Geld sorgen.

Die hohen Einnahmen sind nur Scheingewinne. Wenn wir ordnungsmäßig unseren Wagenpark, uns Schienenmaterial usw. erneuern und ergänzen könnten, uns die Kriegserfahrungen nicht mehr auswirken würden, wir gar keine Gewinne haben, sondern Verluste. Die Bahn muß jedoch so viel bringen, daß wir die gewöhnlichen Mittel, die bei Eintritt normaler Verhältnisse für Instandhaltung und Ausbau der Bahn nötig sind, zur Verfügung haben. Sonst müssen wir sehr tief in den Steueretat greifen. Wenn wir die Arbeiterkarten der Schülerkarten gleichstellen, so schlägt das schon ganz gehörig zu Buche; das ergibt schon einen beträchtlichen Ausfall. Den Schülern 16 Fahrten auf ihre Wochenkarten zu bewilligen, halte ich auch für verfehlt. Vielleicht ist es unseren Schülern sogar viel gefünder, wenn sie da nachmittags laufen; sie würden übrigens die vier Fahrten, wenn sie nachmittags keine Schule haben, aus Lebermut abfahren. Jede Verringerung unseres Entwurfs der Monatskarten würde das ganze System über den Haufen werfen. Wenn wir in der untersten Klasse für 10 Mk. vier Teilstrecken fast drei bewilligen, erleben wir einen außerordentlichen Ausfall. Das ganze wirtschaftliche Gefüge kommt damit zu Fall.

Herr St. G. m. e. r. D. der Magistrat wird sicherlich auf Änderungen annehmen, wenn wir sie beschließen. Ich empfehle, Wochenkarten für Arbeiter und für Schüler zum gleichen Satz von 1 Mk. bezw. 1,25 Mk. und zwei Sorten Monatskarten zu 10 und zu 15 Mk.

Herr Stadtrat Grote: Ich warne vor Änderungen. Wir müssen Geld schaffen. Große soziale Aufgaben stehen uns, bevor; da waschen uns die Kassen über den Kopf. Bedenken Sie, meine Herren, wie alles teurer geworden ist. Ein Motorwagen kostet jetzt über 15 000 Mark, je 155 000 Mark. Haben Sie wirklich Lust, jene Riesensummen noch auf die Steuern zu laden?

Herr St. B. a. l. d. e. Ich war er Gegner des 15-Pf.-Tarifs und hatte auch sonst an der Vorlage allerlei auszusprechen. Je mehr ich aber den Antrag mit dem Redenfort durcharbeitete und jene pesantigen Summen herausarbeitete, die wir tatsächlich für unsere Reigen später brauchen werden, je mehr ich mich mit der Heberzeugung, daß der Tarif, wie er vorgeschlagen wird, gerade die richtige mittlere Linie hält. Dabei fällt niemand zu teuer.

Herr Bürgermeister Seidel empfiehlt nochmals die Magistratsvorlage, wenn sie tatsächlich in der Praxis Unmöglichkeiten gegen sich hatte, dann werde gewiß der Druck der öffentlichen Meinung einsehen und man werde gern Veränderungen vornehmen.

Herr St. G. r. e. b. l. Daran halte ich fest, daß die Arbeitermonatskarten der Schülermonatskarten gleichgestellt werden müssen. Die harte Benutzung der Wagen durch die Arbeiter müßte hauptsächlich auch dabei, daß es keine Stiefelsohlen gibt und daß die Ertragsüberschüsse der Arbeiter nicht die Möglichkeit geben, außer ihrer Arbeit noch lange Wege zu machen.

Herr St. D. a. n. t. e. l. macht darauf aufmerksam, daß der 15-Pf.-Tarif Schwierigkeiten hinsichtlich des Geldwechsels bringen werde. Er empfiehlt darum Biokarten zu 7 Fahrten für 1 Mk. auszugeben.

Bei der Abstimmung wird die Magistratsvorlage angenommen, beschließen der Antrag Kühme, daß die Arbeitermonatskarten ebenso wie die Schülerkarten nur 1 Mk. bezw. 1,25 Mk. kosten sollen. Alle anderen Anträge fallen.

Herr Bürgermeister Seidel gibt nach der Erklärung

